

# Thurgauer Nachrichten

DIE WOCHENZEITUNG | Metzgerstr. 5 | 8500 Frauenfeld | Inseratenannahme Tel. 052 723 28 70 | Redaktion Tel. 052 723 28 72 | info@thurgauer-nachrichten.ch | www.thurgauer-nachrichten.ch

Seite 8

REGION

Thurgauer Nachrichten, 26. August 2008

## Verstaatlichung der Kinder?

Sind solche Befürchtungen überhaupt berechtigt?

**Ein Fragebogen ausserkantonaler Bildungsdirektionen mit z. T. äusserst intimen Fragen sorgt für Furore. Michael Handel von «Kinder ohne Rechte» klärt dazu auf.**

Der Thurgauer Michael Handel ist Vater zweier Kinder. Auf der Website [www.kinderohnerechte.ch](http://www.kinderohnerechte.ch) macht er sich für die Anliegen von Kindern stark. Die von ihm gegründete Organisation «Kinder ohne Rechte» setzt sich für das Einhalten der Kinderrechte im behördlichen Alltag ein und unterstützt Kinder und Eltern im Umgang mit staatlichen Institutionen.

**Michael Handel, welche Interessen vertreten Sie?**

Kinderrechte und Elternrechte stehen in einem kausalen Zusammenhang. Kinder haben genauso Anspruch auf eine elterliche Erziehung unter Berücksichtigung ihrer individuellen Bedürfnisse wie auch auf Schutz vor Gewalt. Wird das elterliche Erziehungsrecht untergraben, nimmt auch das Kind Schaden.

**Sie monieren, dass im Nachbarkanton Oberstufenschülerinnen und -schüler seitens Schulleitung dubiose Fragebögen zugestellt werden. Worum geht es da und was ist Grund Ihrer Beschwerde und Befürchtung?**

Im Kanton Zürich verteilen Schulärzte Fragebögen mit intimen Fragen. Das ergänzend zum gesetzlichen Schuluntersuch. Die Eltern werden dabei bewusst in Unkenntnis gelassen. Mit diesem Vorgehen überschreitet die Volksschule rechtliche Grenzen, denn ausserhalb der Schulpflicht liegt das Erziehungsrecht uneingeschränkt bei den Eltern. Eine Befragung setzt somit deren Einverständnis voraus.

**Welcher Art sind diese Fragen?**

Die Fragen sollen Einblick in die familiäre Situation erlauben. Mitunter sollen Kinder zu Geheim-

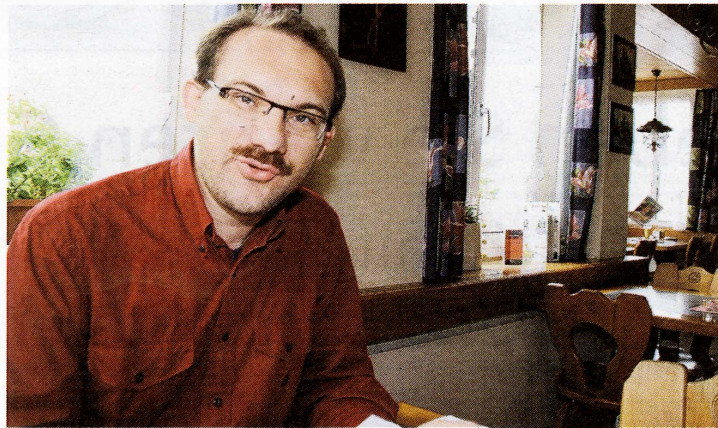


Bild: z.V.g.

Michael Handel von «Kinder ohne Rechte».

nisträger werden und ihre Familie strafbaren Verhaltens belasten. Darunter sind Fragen wie: «Fühlst du dich in deiner Familie wohl? Wenn nein, warum nicht?» ... «Hattest du schon Schwierigkeiten mit der Polizei?» ... «Nimmt jemand in deiner Familie oder aus deinem Freundeskreis Drogen? Wenn ja, wer?» «Welche Methode der Verhütung habt ihr beim letzten Geschlechtsverkehr angewendet?», usw.

**Wie lautet die Argumentation der Verfasser dieser Fragebögen sprich der Bildungsdirektion?**

Die Urheberschaft einiger Fragebögen bleibt trotz Nachfrage ungeklärt. Angeblich soll der Fragebogen den Schülern helfen, Probleme mit dem Schularzt zu besprechen. Weiter soll mit der Evaluation der Bedarf von Präventionsmassnahmen erkannt werden. In Tat und Wahrheit stellt die Bildungsdirektion die Fähigkeit der Eltern in Frage, sich selber um die gesundheitlichen Belange ihrer Kinder zu kümmern.

**Könnte man die Bemühungen der Schulleitungen nicht auch so definieren, dass sie nur auf den Schutz der Kinder und Hilfe für die Eltern abzielen?**

Sicher. Das darf aber nicht zu einer «gläsernen Familie» führen. Zudem können sich Oberstufenschüler

aufgrund ihres Alters in bestehenden Einrichtungen bereits selbst Hilfe holen. Es reicht aus, Jugendliche auf diese Angebote aufmerksam zu machen.

**Proteste der Lehrervereinigung bewirkten, dass diese 'Bespitzelungsfragebögen', wie sie genannt wurden, vernichtet werden mussten. Ihr Statement?**

Stein des Anstosses war die Frage an die Schüler nach sexuellen Übergriffen seitens der Lehrer. Der Lehrerverein Baselland bemängelt der fehlende Datenschutz und die mangelnde Freiwilligkeit der Teilnahme. Zusammenfassend wird die Umfrage als Teil einer «verfehlten Auffassung vom Auftrag und der Kompetenz der Schule» gewertet.

**Wie gross sehen Sie die Gefahr, dass sich unsere st. gallisch-thurgauische Bildungsdirektionen verteilen lassen, besagte Fragebögen ebenfalls zu verteilen?**

Das kann ich nicht abschliessend beurteilen. Jedenfalls verlangt das neue Thurgauer Volksschulgesetz von den Lehrpersonen sowie der Schulleitung, «die persönlichen Verhältnisse der Kinder im Auge zu behalten». Schon bei Verdacht, Eltern vernachlässigen ihre Aufgaben, informiert die Schule die Vormundschaftsbehörde.

Trotzdem, geschähe es und die Schulleitungen unternähmen solchen Versuch, was würden Sie dagegen unternehmen?

Es ist Aufgabe der Eltern, sich bei der örtlichen Schulbehörde über eine mögliche Schülerbefragung zu informieren und sich gegen eine Bespitzelung zu wehren. Nach Bekanntwerden im Kanton Zürich, habe ich bei der Bildungsdirektion und dem Datenschutzbeauftragten interveniert und den Rückzug der Fragebögen verlangt.

**Gab es da nicht auch einen Fall, wo ärztliche Krankenberichte zu Schülern statt beim Arzt, im Schulhauskeller gelagert wurden, einsichtbar für alle Lehrerinnen und Lehrer?**

Ja, der Ktipp berichtet unter dem Titel «Schulärzte verletzen Datenschutz» darüber. Der Artikel kommt zum Schluss, dass der Datenschutz vielerorts zu wünschen übrig lässt. In vielen Gemeinden könnten Lehrer, Schulsekretariat und Schulpflege die Gesundheitsdaten der Kinder einsehen.

**Kommentieren Sie bitte in einem Schlussstatement ihre Sicht der Dinge zum Ganzen?**

Die aktuellen politischen Bemühungen zielen auf eine Verstaatlichung der Kinder und deren Erziehung ab. Neue Volksschulgesetze und «HarmoS» verlangen die Einschulung Vierjähriger. Ergänzend fordern linke Politiker bereits Babykrippen und die Schulpflicht für Eltern. Die staatlich-ideologische Prägung ab dem Kleinstkindalter, wie auch die Bespitzelung der Familien durch die Kinder, erinnert an düstere Zeiten der DDR. Solches ist nicht im Interesse der Kinder. Dagegen kommt die Stärkung der Familie und deren finanzielle Entlastung den Kindern zu gute. Die emotionale Geborgenheit in der Familie kann keine noch so professionelle Institution ersetzen, schon gar nicht der Staat.

Interview: Charly Pichler